Vorschlag zur Bildung der Ausschüsse

Ausschüsse in der letzten Legislaturperiode Oktober 2004 - September 2009			Gesetzliche Bestimmungen	
Bezeichnung	Anzahl	Mitglieder	über die Bildung der Ausschüsse	über die Mitglieder
A) Pflichtausschüsse nach der GO				
Haupt- und Finanzausschuss	15	Stv.	§ 57 Abs. 2 GO	- nur Ratsmitglieder (§ 58 Abs. 3 GO) - Vorsitz Bürgermeister (§ 57 Abs. 3 GO)
Rechnungsprüfungsausschuss	13	Stv.	§ 57 Abs. 2 GO	- nur Ratsmitglieder (§ 58 Abs. 3 GO)
B) Ausschüsse nach anderen gesetzlichen Bestimmungen				
Wahlprüfungsausschuss	9	Stv.	§ 40 KWahlG	- keine besondere Regelung (§ 58 GO)
Betriebsausschuss	13	Stv. Vorschlag Verw.: weniger Mitglieder wg. Befangenheit im Rat	§ 5 Abs. 1 EigVO	- 13 Mitglieder (§ 5 Abs. 2 EigVO i. V. m. § 5 Abs. 1 Betriebssatzung für das Abwasserwerk)
C) Freiwillige Ausschüsse				
Ausschuss für Bau und Verkehr	14 5	Stv. skB.		- keine -
Ausschuss für Bauerschaften und Umwelt	14 4	Stv. skB.		- keine -
Ausschuss für Jugend, Sport und Freizeit	11 4	Stv. skB.		- keine -
Ausschuss für Schulen, Kindergärten, Heimat und Kultur	11 4 2	Stv. skB. ber.Mitgl.	§ 57 Abs. 1 GO i. V. m. § 8 Hauptsatzung	- je ein Vertreter der kath. u. ev. Kirche als ständiges Mitglied mit beratender Stimme (§ 85 Abs. 2 SchulG)
Ausschuss für Gesundheit, Arbeit, Soziales, Familie und Senioren	10 5	Stv. skB. Vorschlag Verw.: ein zus. skB. vom Seniorenbeirat (Antrag v. 05.08.09)		- keine -
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	9 6	Stv. skB.		
D) Ausschüsse, die nicht Ausschüsse des Rates sind				
Wahlausschuss	10	Stv.	§ 2 Abs. 3 KWahlG	- Vorsitz Wahlleiter (§ 2 Abs. 3 KWahlG) - zusätzlich 4, 6, 8 oder 10 Beisitzer (§ 2 Abs. 3 KWahlG) - persönliche Stellvertreter (§ 6 Abs. 1 KWahlG)
Volkshochschulausschuss	4 + 1	Stv. Bürgermeister bzw. beauftr. Bediensteter (geb. Mitglied)	§ 5 Abs. 1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule	- für Lüdinghausen: 4 Stv. und Bürgermeister oder beauftragter Bediensteter (§ 5 Abs. 1 örV VHS)
Musikschulausschuss	1 +4	Bürgermeister bzw. beauftr. Bediensteter (geb. Mitglied) Stv. Hinweis: ab 2009 nur noch 3 Stadtverordnete!	§ 8 Abs. 1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Betrieb einer Musikschule	- jede Beteiligte Kommune entsendet neben ihrem Bürgermeister (o. einem v. diesem Beauftragten) weitere Vertreter, wenn u. soweit dies nach ihrem durchschnittlichen Finanzierungsanteil in den 5 der Kommunalwahlperiode vorausgegangenen Haushaltsjahren für eine die Finanzierungsanteile verhältnismäßig abbildende Sitzverteilung erforderlich ist. Diese Zusammensetzung bleibt dann bis zum Ende der laufenden Kommunalwahlperiode bestehen (§ 8 Abs. 2 örV Musikschule)
Umlegungsausschuss	2	Stv.	§ 46 BauGB i. V. m § 3 BauGB DVO	§ 46 BauGB i. V. m § 3 BauGB DVO § 50 Abs. 4 i. V. m. § 50 Abs. 3 GO